



## Tagungsbericht

# EXTREMISMUS IN DEUTSCHLAND Schwerpunkte Perspektiven Vergleich

Benedikt Kellerer

Tagung  
der Hanns-Seidel-Stiftung  
am 11.-13. März.2016  
im Bildungszentrum Kloster Banz

Datei eingestellt am 18. März 2016 unter  
[http://www.hss.de/160311\\_TB\\_Extremismus](http://www.hss.de/160311_TB_Extremismus)

### Empfohlene Zitierweise

Beim Zitieren empfehlen wir hinter den Titel des Beitrags das Datum der Einstellung und nach der URL-Angabe das Datum Ihres letzten Besuchs dieser Online-Adresse anzugeben.

[Vorname Name: Titel. Untertitel (Datum der Einstellung).

In: <http://www.hss.de/...pdf> (Datum Ihres letzten Besuches).]

Politischer Extremismus ist nach wie vor ein ernst zu nehmendes Problem in Deutschland. Besorgniserregend sind hierbei nicht nur links- und rechtsextremistische Gruppierungen, sondern auch religiös-motivierte extremistische Strömungen. Dies zeigt etwa die weiterhin hohe Zahl rechtsextremistischer Übergriffe auf Asylbewerberunterkünfte oder linksextremistischer Attacken auf staatliche Einrichtungen, Politiker oder Wissenschaftler. Nicht zuletzt haben die Anschläge von Paris im November 2015 nochmals deutlich gemacht, dass Europa weiterhin im Fokus islamistischer Attentäter steht.

Die Expertentagung „Extremismus in Deutschland – Schwerpunkte, Perspektiven, Vergleich“, welche die Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Eckhard Jesse, Institut für Politikwissenschaft der TU Chemnitz, vom 11. bis 13. März 2016 im Bildungszentrum Kloster Banz veranstaltete, steht dabei in der langjährigen Tradition der Beschäftigung mit den zentralen Phänomenen des politischen Extremismus. Bereits zum zehnten Mal wurden diese in ihrer gesamten Bandbreite von Fachleuten erörtert und in ein Extremismustheoretisches Gesamtbild eingeordnet.

In seinem einleitenden Vortrag betrachtete **Prof. Dr. Eckhard Jesse** die Parteien vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Dabei konzentrierte er sich vor allem auf die Alternative für Deutschland (AfD). Seiner Einschätzung nach führe die aktuelle Flüchtlingskrise zu einer starken Polarisierung, die die deutsche Gesellschaft spalte und ihr letztendlich auch schade.

Nach der deutschen Einheit sei die politische Kultur von einem Konsensdenken geprägt gewesen, das sich heute kaum mehr wiederfinden ließe. Sowohl die Union als auch die SPD und die Grünen könnten viele Wähler nicht mehr ausreichend zufrieden stellen, sodass sich daraus am Ende die AfD entwickeln hätte können. Gerade in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik habe die Union eine Repräsentationslücke geschaffen, in welche die AfD gestoßen sei. Diese habe anfangs nur ein vergleichsweise kleines Spektrum der Wählerschaft bedient, mit Beginn der Flüchtlingskrise eröffnete sich jedoch die Möglichkeit auch für breitere Massen attraktiv zu werden. Verstärkt wurde dieser Effekt durch die abnehmende Zahl an Stammwählern, sodass auch SPD und Grüne Wähler an die AfD verloren hätten. Nach Einschätzung Jesses erhalte die AfD vor allem durch die Tabuisierung von Missständen Auftrieb. In einer pluralen Gesellschaft müssten Konflikte daher offen ausgetragen werden, sodass auch kritische Stimmen und „besorgte Bürger“ zur Sprache kommen könnten. Sicherlich sei die Integration der Flüchtlinge bislang vernachlässigt worden und daher letztendlich auch eine geregelte Zuwanderung von Nöten. Daher gehe er davon aus, dass der Zuspruch der Volksparteien wieder ansteige, sofern alle aktuellen Missstände beseitigt werden würden.

Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt bezeichnete Jesse als „Wahlen voller Superlative und Paradoxien“, für die hauptsächlich die AfD verantwortlich sei. Paradox sei dabei vor allem, dass die Kandidatinnen und Kandidaten der CDU auf Distanz zum Kurs der Kanzlerin in der Flüchtlingskrise gingen und Merkel gleichzeitig Applaus und Unterstützung aus dem Lager der SPD und der Grünen erhalte. Zudem würden Umfragen prognostizieren, dass CDU und SPD sowohl in Sachsen-Anhalt als auch in Baden-Württemberg keine Mehrzahl der Mandate erhalten könnten, was eine Koalitionsbildung deutlich erschweren könne. Für Sachsen-Anhalt sei dies aufgrund der traditionell hohen Volatilität der Wähler noch weniger überraschend, für Baden-Württemberg jedoch sehr anormal. Erstaunlich sei dabei zudem, dass die AfD gerade in Sachsen-Anhalt ein sehr gutes Ergebnis einfahren könnte, denn dort hätte sie mit circa 300 Mitgliedern nur einen sehr geringen Organisationsgrad erreicht und vor allem bei den Bundestagswahlen 2013 und Europawahlen 2014 besonders schlecht abgeschnitten. Dies führte Jesse insbesondere auf eine hohe Unzufriedenheit der unteren sozialen Schichten aufgrund der aktuellen Flüchtlingskrise zurück.

Insgesamt profitiere die AfD daher bei allen drei Wahlen von der Flüchtlingskrise. CDU-Wähler seien durch den Linksruck ihrer Partei heimatlos geworden, in den unteren sozialen Schichten herrsche eine hohe Unzufriedenheit. Allerdings ließe sich nicht davon sprechen, dass die AfD in allen drei Bundesländern gleich sei, so Jesse weiter. Während die AfD in Baden-Württemberg hochprofessionalisiert sei und insbesondere wirtschaftsliberale Positionen vertrete, enthielte das Programm der Partei in Rheinland-Pfalz bereits deutliche nationale-konservative Züge. In Sachsen-Anhalt trete sie als nationalistisch-populistische Partei auf, die kaum professionell aufgestellt sei und von „höchst problematischen Personen“ geführt werde. Allerdings betonte Jesse, dass auch in Sachsen-Anhalt ein deutlicher Unterschied zum harten Rechtsextremismus der NPD bestünde.

Der Erfolg der AfD hänge somit einerseits stark von den Gelegenheitsstrukturen ab, andererseits jedoch auch von den Angebotsstrukturen und Personen der Partei. Zwar sei sie insgesamt deutlich besser organisiert als etwa die Piratenpartei vor einigen Jahren, das bislang immer noch fehlende Grundsatzprogramm der Partei und die daraus folgenden Programmdiskussionen könnten jedoch zu innerparteilichen Zerwürfnissen führen. Darüber hinaus bleibe weiterhin die Frage, ob die Partei auch in anderen Politikfelder seriöse Alternativen anbieten könne und wie sich ihr Wählerpotential mit Beendigung der Flüchtlingskrise verändere.

In der Folge thematisierte **Prof. Dr. Stefan Piasecki** von der CVJM-Hochschule in Kassel das Verständnis von Kritik, Widerstand und Gewalt auf linksextremen Internetseiten. Gerade Webseiten seien besonders geeignet, sympathisierende Zielgruppen argumentativ anzu-

sprechen und gleichzeitig unpolitische Jugendliche zu erreichen. Zudem seien Webseiten auch Mittel zur Einschüchterung Außenstehender.

Der Verfassungsschutzbericht 2014 liste 27.200 linke Aktivisten auf, von denen in etwa 7.600 dem gewaltorientierten Spektrum zugeschrieben würden. Das Unterstützerumfeld im deutschen Linksextremismus sei dabei kaum einzugrenzen. Es gebe eine große Vielfalt an unterschiedlichsten Gruppierungen, die die Szene insgesamt recht heterogen und unübersichtlich machen würden. Gleichzeitig spiele das Milieu eine bedeutende Rolle, sodass etwa das Umfeld rein studentischer linker Gruppierungen anders bewertet werden müsse als das der Hausbesetzerszene. Die linke Agitation sei dabei sehr vielfältig, sodass die Grenzen zwischen Argumentation bzw. legitimen Protest und Gewalt häufig fließend seien.

Für seine Studie untersuchte Piasecki Delikte, die klar der politisch motivierten Kriminalität zuzurechnen sind. Dies seien insbesondere Delikte, deren Tatumstände Anhaltspunkte dafür liefern, dass sie einer (linken) politischen Orientierung entspringen und möglicherweise ohne diese nicht begangen worden wären. Diese seien klar von extremistischen Straftaten zu differenzieren, allerdings bestehe zwischen beiden ein enger Zusammenhang. Während extremistische Straftaten häufig ein Begründungsmuster für politisch orientierte Taten liefern würden, könnten diese wiederum einen Einstieg für eine weitere Radikalisierung darstellen.

Konkret untersuchte Piasecki linke Gewaltvorfälle in Berlin in den Jahren 2009 bis 2013 und legte dabei Zahlen des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz zugrunde. Bei den 1523 Gewaltvorfällen konnten insgesamt 873 Tatverdächtige ermittelt werden, die hauptsächlich männlich (84%), zu einem Drittel (35%) zwischen 21 und 24 Jahren sowie nahezu ausschließlich (92%) noch bei den Eltern wohnhaft seien. Annähernd die Hälfte von ihnen sei bereits polizeibekannt (41%) oder als politisch radikalisiert aufgefallen (56%). Für Piasecki sei dabei das Agenda-Setting durch die linksextremistische Szene nicht zu unterschätzen, wengleich das LfV Berlin die Schnittmenge zum organisierten Linksextremismus für gering halte.

In der Folge griff Piasecki einige der Gewalttaten in Berlin heraus, um die öffentliche Stellungnahme der Täter auf linksextremen Internetseiten hierzu darzulegen. Häufig würden die Taten dabei als Solidaritätsaktionen gekennzeichnet sowie als „Reaktion auf ein politisches System, in dem Nazis und Behörden Hand in Hand arbeiten“. Hoheitliches Handeln werde diffamierend als „Terror“ oder „Überfall“ bezeichnet und gleichzeitig als Begründung von Widerstandakten verwendet. Der Rechtsstaat selbst werde dabei unter Faschismusverdacht gestellt und letztendlich zur Selbstjustiz gegriffen. Teilweise gebe es dabei auch einen Rückbezug auf die Entführungen und Morde der RAF in den 1970er Jahren. Bei den Taten selbst handle es sich häufig um große Gruppen von Tätern, die meist mobil gewesen seien, sichtbar auftraten, Parolen skandierten und direkte Gewalt ausübten sowie insgesamt ausreichend Zeit zur Vorbereitung und Durchführung der Taten gehabt hätten. Im Fokus stünden

dabei nicht notwendigerweise immer staatliche Einrichtungen. Beispiele wie die des Berliner Politikwissenschaftlers Herfried Münkler oder des Politikers Tom Schreiber würden zeigen, dass insbesondere auch Studenten, Wissenschaftler und Politiker linksextremistischer Gewalt bzw. Gewaltandrohungen ausgesetzt seien.

Für Piasecki sei diese Entwicklung aufgrund zweierlei Aspekte möglich: zum einen, da Linke und Linksextreme eine Deutungshoheit für gesellschaftliche Phänomene in Anspruch nehmen und alle davon abweichenden Meinungen unter einen rechtsextremen Generalverdacht stellen würden, zum anderen auch deshalb, weil es in den Medien, der Wissenschaft und auch der Politik so gut wie kein Korrektiv in Bezug auf linksextremistische Aktivitäten gebe. Gerade das Echo in den etablierten Medien sei in Bezug auf konkrete Taten stets verhalten geblieben und ohne grundsätzliche Infragestellung.

Für Piasecki diene das Internet dabei heute als Medium für den vom ehemaligen KBW-Aktivisten Gerd Koenen beschriebenen „reißenden Prozess interner Radikalisierung“. Dieser sei heute am besten mit der von Eli Pariser entwickelten „Filter-Blase“ zu erklären. Durch eine selektive Informationsaufnahme erfolge eine autogene Selbstabschottung, der Meinungsaustausch folge verstärkt den eigenen Interessen und denen der Gruppe. Durch weitere Radikalisierung könne sich ein „Filter-Bunker“ entwickeln, in dem Austausch und Informationsaufnahme weiter verringert werden, die eigenen Argumente Wiederhall finden, dominant werden und sich verstärken. Dies zeige, dass Radikalisierung nicht notwendigerweise ein radikalisiertes Umfeld benötige, sondern sich diese vielmehr auch durch eine „filternde“ Einengung der Weltsicht ergeben könne.

Was folgt nun daraus? Piasecki spricht sich für ein differenziertes Vorgehen aus. Einerseits müsse man entschieden gegen linksextremistische Aktivitäten ankämpfen, andererseits gelte es auch den linken Protest ernst zu nehmen. Gewaltaufrufe, Denunziationen und Verharmlosungen gelte es entschieden abzulehnen, legitime und kreative Formen des linken Protestes zu fördern. Gerade dieser könne durchaus anstößig und laut sein, aber er sei gleichzeitig reversibel und gewaltfrei und könne somit insgesamt zu einer Vertiefung und Verbreiterung des gesellschaftlichen Diskurses führen. Hierzu könne gerade auch die Sozial- und Jugendarbeit konkrete Impulse liefern. Darüber hinaus könne man durchaus auch erprobte Werkzeuge im „Kampf gegen Rechts“ übertragen. Medien und Politik müssten entschieden ablehnen, verurteilen und veröffentlichen, was der gesellschaftlichen Stabilität widerspreche. Gleichzeitig sollten Universitäten linksextreme Nachstellungen und Verleumdungen hartnäckig verfolgen, anonyme Denunziationen zurückweisen und entsprechend handelnde Studierende und Lehrende sanktionieren. Angesichts der Ergebnisse der Berliner Studie seien auch Maßnahmen wie Elterngespräche, Infoveranstaltungen oder verstärkte Betreuung denkbar. Insgesamt bedürfe der Kampf gegen den Linksextremismus einen langen Atem, müsse nachdrücklich und entschieden geführt werden.

Im Anschluss daran unterzog **Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber** von der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl zehn kritische Einwände an einer Extremismustheorie selbst einer kritischen Prüfung und versuchte diese zu widerlegen. Sicherlich gäbe es auch tragfähige wissenschaftliche Einwände, die es ernst zu nehmen gelte, die meisten der Einwände seien jedoch entweder auf ein Missverständnis der Extremismustheorie zurückzuführen oder häufig gar politisch motiviert.

Ein vergleichsweise neuer Einwand käme etwa von dem Berliner Historiker Wolfgang Wippermann, für den der Extremismus ein „nicht existierendes Konstrukt“ sei. Bei der Extremismustheorie handle es sich daher um einen Betrug über etwas, das überhaupt nicht existiere. Für Pfahl-Traughber ist dieser Einwand zwar formal stimmig, da er betone, dass es „den Extremisten“ per se nicht gebe. Solche aus einer erkenntnistheoretisch verallgemeinernden Perspektive formulierten Auffassungen würden jedoch zum Verzicht auf alle abstrakten Begriffe wie etwa „Demokratie“, „Freiheit“, „Recht“ oder „Staat“ führen, sodass diese Positionen nicht nur voraufklärerisch sondern nahezu steinzeitlich wären.

Der Einwand der „inhaltlichen Relativität der Extremismuszuschreibung“ von Manfred Funke ignoriere die enge Anbindung des Extremismusbegriffs an den demokratischen Verfassungsstaat. So bringe er beispielsweise vor, dass die Widerstandskämpfer des 20. Juli während der NS-Zeit als Extremisten angesehen wurden. Für Pfahl-Traughber könne dies jedoch kein Einwand sein, der sich prinzipiell gegen die Extremismustheorie richte, da es durch ihre enge Verknüpfung mit den Grundlagen moderner Demokratie klare Kriterien zur Analyse gebe und somit die Einschätzung ob ein Phänomen extremistisch sei auch begründungspflichtig und nachvollziehbar werde.

Ebenso bezeichnete er den Einwand, Extremismus diskreditiere alles, „was nicht zur Mitte gehöre“, als völlig falsch, schließlich würden etwa die Piraten oder die ehemalige Schill-Partei nicht als extremistisch eingeordnet. Für eine Beurteilung einer Gruppierung könnten einzig und allein die Minimalbedingungen eines modernen Verfassungsstaats als Kriterium dienen. Die Einordnung auf einem Links-Rechts-Schema stelle kein geeignetes Mittel hierfür dar.

Der vierte Einwand, Extremismus sei ein „politischer Kampfbegriff“, sei nach Pfahl-Traughber sicherlich zutreffend auf die gelegentliche politische Instrumentalisierung des Begriffes. Dies gelte jedoch auch für eine Vielzahl anderer Begrifflichkeiten wie etwa „Faschismus“, „Sozialismus“, „Gerechtigkeit“ oder auch „Toleranz“.

Den Einwand Extremismus diskreditiere die „Orientierung an einer Utopie“ widerlegte Pfahl-Traughber mit dem Argument, dass bei Akzeptanz der Grundlagen moderner Demokratien sehr wohl grundlegende Änderungen in Gesellschaft und Staat im Sinne einer Utopie eingefordert werden, ja sogar Anstoß einer kontinuierlichen Verbesserung sein könnten.

Ähnliches gelte auch für den Einwand, die Extremismustheorie diskreditiere die Kapitalismuskritik und Sozialismusforderungen. Kritik am Kapitalismus habe jedoch keineswegs etwas mit Extremismus zu tun, da der Kapitalismus selbst keine Grundlage einer modernen Demokratie sei. Solange ein gesellschaftlicher Konsens bestünde, wäre auch eine Abweichung vom Kapitalismus möglich. Das gleiche gelte für die demokratischen Varianten des Sozialismus, was allerdings nicht unbedingt gleichbedeutend sei mit dem, was unter einem „demokratischen Sozialismus“ verstanden werde.

Schlichtweg falsch sei der Einwand die Extremismustheorie sei eine Gleichsetzung unterschiedlicher Phänomene. Zwar besäßen Links- und Rechtsextremismus sicherlich gewisse Gemeinsamkeiten, insbesondere in Bezug auf gleiche Feindbilder. Eine inhaltliche Gleichsetzung finde jedoch schon allein deswegen nicht statt, da die dahinterliegenden Erklärungsmuster vollkommen unterschiedlich seien. Dieser Einwand ignoriere vor allem die Unterscheidung zwischen „Vergleich“ und „Gleichsetzung“. Ein Vergleich unterschiedlicher extremistischer Phänomene mit den methodisch richtigen Kriterien sei daher nicht nur zulässig, sondern auch zwingend notwendig, um diese besser erklären und voneinander abzugrenzen zu können.

Der achte Einwand die Extremismustheorie sei „Ausdruck von Staatsfixierung und Verfassungsorientierung“ komme für Pfahl-Traughber deshalb nicht zum Tragen, da die Basis für die Extremismusdefinition nicht der Staat oder die Verfassung darstellen, sondern primär die Rechte und Freiheiten des Individuums in einer modernen Demokratie. Der Staat habe nur die Aufgabe, die Rechte und Freiheiten zu garantieren. Für ein besseres Verständnis der Extremismustheorie müssten daher die Rechte und Freiheiten des Individuums als primärer Ausgangspunkt deutlicher hervorgehoben werden.

Die letzten beiden Einwände besitzen für Pfahl-Traughber eine gewisse Berechtigung, zumal es sich um wissenschaftlich fundierte Einwände handelt. Gerade sie seien eine Herausforderung, um neue Perspektiven zu schaffen. Der Einwand die Extremismustheorie ignoriere die Demokratiegefährdung durch die Mitte verwechsle zwar die politische und die soziale Mitte, er besitze jedoch dahingehend einen wahren Kern, indem durchaus Parteien der Mitte an die Macht kommen könnten, die aus Gründen der Machtsicherung demokratische Prinzipien auszuhebeln versuchen. Er trage daher der Feststellung Rechnung, dass die Demokratie stärker durch Demokraten als durch Extremisten gefährdet sei. Auch den letzten Einwand einer mangelnden analytischen Reichweite der Extremismustheorie hält Pfahl-Traughber für berechtigt, sofern sich die Forschung allein auf die Frage der Einordnung von politischen Phänomenen im Demokratie-Extremismus-Spannungsverhältnis beziehen würde und nicht auf die Analyse hinsichtlich konkreter Gefahrenpotentiale und gesellschaftlicher Ursachen. Hier sehe er durchaus die Notwendigkeit, Ansätze aus der Empirischen Sozialforschung, der

Parteienforschung oder auch der Gewaltforschung zu integrieren, um die Extremismustheorie an den entscheidenden Punkten zu erweitern.

Im Anschluss begab sich **Prof. Dr. Christine Schirmmacher**, Islamwissenschaftlerin am Institut für Orient- und Asienwissenschaften der Universität Bonn, zur Frage des Anspruchs des Islamischen Staates (IS) auf das Kalifat sowie seine Anziehungskraft auf Jugendliche in Europa auf Ursachenforschung in Geschichte, Religion und Gesellschaft. Aktuell fänden wieder große Umwälzungen im Nahen Osten statt. Die Lage sei in nahezu allen Ländern schlechter als vor dem Arabischen Frühling. Die Militärdiktatur in Ägypten sei heute strikter als unter Mubarak, Libyen befinde sich nahezu in Auflösung und der Jemen versinke in einem Bürgerkrieg, der von Saudi-Arabien weiter sinnlos angeheizt werde. Auch in Nigeria, dem Niger, Somalia und teilweise auch in Kenia sei die Lage kaum besser. Allein in Tunesien konnte sich eine demokratische Regierung durch die Einbindung von Islamisten etablieren, durch die vermehrten Anschläge auch auf touristische Ziele nähme jedoch die Wirtschaftskraft des Landes weiter ab, sodass auch hier der Nährboden für radikale und extremistische Aktivitäten vorhanden sei.

Die demographische Entwicklung im Nahen Osten ist für Schirmmacher ein entscheidender Faktor zur Erklärung des IS. Bis zu 60% der Bevölkerung seien unter 25 Jahre alt. Gerade unter ihnen herrsche eine große Unzufriedenheit und Alternativlosigkeit. Schirmmacher macht dies etwa am Beispiel der Ehe fest. Da im Nahen Osten immer noch sehr stark tradierte Lebensmuster vorherrschen, sei die Ehe ein kultureller Wunsch, gar eine Notwendigkeit zu einem erfüllten Leben. Gleichzeitig müsse der Mann hierfür in Lohn und Brot stehen, um die Familie erhalten zu können. Gerade hier zeige sich ein politisches und gesellschaftliches Versagen. Die Flüchtlinge nach Europa seien somit eine unmittelbare Folge dieser Perspektivlosigkeit der Menschen im Nahen Osten, so Schirmmacher.

Mit dem Arabischen Frühling keimte kurzzeitig Hoffnung auf, am Ende sei er jedoch nichts anderes als eine „Implosion jahrhundertealter Strukturen“ gewesen, deren negative Folgen sich heute zeigen würden. Eine Ausprägung davon sei etwa der ideologische und auch physische Kampf gegen Minderheiten wie die Jesiden, Christen im Irak oder auch schiitische Minderheiten. Die säkulare Opposition in den einzelnen Ländern habe nahezu keine Möglichkeit Mehrheiten zu bilden, da sich auch nie ein wirklich demokratisches Gedankengut entwickelt habe. All dies sei jedoch überlagert vom Aufstieg des anarchischen Gebildes des sogenannten Islamischen Staates, der sich auf die Frühzeit des Islams berufe und bei seinem Ziel, ein Friedensreich zu schaffen, keineswegs vor Gewalt zurückschrecke. Militärisch sei dieses Problem im Nahen Osten kaum zu lösen, da sich die Gefahr eines Märtyrerkults ergeben würde, so Schirmmacher weiter. Vielmehr sei es wichtig, das Denken des IS zu ver-



stehen, insbesondere die Botschaften des Hasses, die den Nährboden für diese Entwicklung darstellen würden.

Um die starke religiöse Aufladung dieses Konflikts zu verstehen, sei daher auch ein Blick in die theologischen Grundlagen des Islams notwendig. Der Islam sei von Beginn an politisch gewesen. Mohammad war nicht nur Prophet, sondern auch Politiker und Krieger. Nach seinem Tod stellte sich die Führungsfrage der islamischen Gemeinschaft. Sunniten machten sich für die Ausrufung eines Kalifats mit einem gewählten Nachfolger Mohammads aus dem Kreise seines Stammes heraus stark, was im Laufe der Jahrhunderte zu einer großen Zersplitterung der islamischen Welt führte. Schiiten hingegen sahen nur direkte Nachfahren Mohammads zur Führung der islamischen Welt berechtigt. Dieser Konflikt konnte bis heute nicht gelöst werden und sei nach Schirrmacher heute sogar so tief wie niemals zuvor. Dies zeige sich vor allem am sunnitischen Herrscherhaus in Saudi-Arabien, das mit aller Macht versuche, den Schiiten Assad in Syrien zu stürzen und den Iran als alleinige Machtbasis der Schiiten zu isolieren.

Eine weitere ungeklärte theologische Frage sei auch die Frage nach dem wahren Kern des Islams. Bis heute gebe es in der islamischen Welt keine überzeugende Antwort auf diese Frage. Für die Einen sei das caritative Element des Islams entscheidend, Andere schätzen die Mystik. Wiederum Andere beriefen sich auf das gesellschaftliche Engagement des Islams und die damit verbundene Durchsetzung islamischer Gesetze vor allem im Bereich Ehe und Familie. Für Manche sei auch der Aspekt des politischen Islams entscheidend. Es herrsche somit überhaupt kein Konsens über die richtige Art und Weise der Nachahmung des Lebens des Propheten in der islamischen Welt.

Dem Islam fehle es somit an einer klaren Trennung zwischen Religion und Politik, eine Ausöhnung zwischen staatlicher und theologischer Macht habe es nie gegeben. Es herrsche auch keinerlei Konsens über die theologische Führung vor. Somit schöpfe der IS aus der Mitte des Islams und könne erst dann eingedämmt werden, wenn sich ausreichend viele islamische Theologen gegen ihn stellen würden. Neben diesen theologischen Erklärungen würden jedoch auch historische und politische Faktoren eine Rolle beim Aufstieg der islamistischen Bewegung im 20. Jahrhundert spielen. Extern seien etwa die Kolonialherrschaft oder auch die wirtschaftliche Ausbeutung des Westens, insbesondere in Bezug auf Öl und Gas, zu nennen. Hinzu sei durch das militärische Eingreifen im Irak ein Vakuum von Macht und Sicherheit entstanden, das durch die Installierung des schiitischen Ministerpräsidenten Allawi verschärft worden sei. Als interne Faktoren seien darüber hinaus sicherlich auch die fehlende Rechtsstaatlichkeit, staatliches Versagen in Bezug auf die Garantie von Freiheitsrechten sowie Bildungs- und Partizipationsmöglichkeiten oder auch Korruption zu nennen, die letztendlich zur Bildung von Despotien geführt hätten, so Schirrmacher weiter.

Es sei daher eine breite gesellschaftliche Debatte notwendig, insbesondere auch im Westen, um Präventionsmechanismen zu etablieren und den islamistischen Stimmungsmachern den Nährboden zu entziehen. Hierfür sei auch wichtig zu verstehen, aus welchen Beweggründen junge Menschen für die Ideologie des Hasses anfällig seien. Fehlende Integration und das Vorherrschen eines Identitätsvakuums seien hierfür etwa erste Erklärungsansätze.

Direkt daran anschließend beschäftigte sich **Dr. Helmut Albert**, Direktor des Landesamtes für Verfassungsschutz im Saarland, mit der Frage nach dem Ende des sogenannten Islamischen Staates. Eine klare Prognose abzugeben gestalte sich hierbei jedoch als sehr schwierig.

Auch Albert betonte die zentrale Bedeutung der Intervention in den Irak für die Gründung des IS. Hier sieht er den Beginn für den inneren Widerstand, dem sich viele der entmachteten Akteure des bisherigen Systems anschlossen. Der IS gründete sich zu dieser Zeit als eine Abspaltung der Terrororganisation Al-Qaida. Spätestens mit Beginn der Ausdehnung des IS auf Syrien stünde er jedoch in klarer Konkurrenz zu Al-Qaida. Der endgültige Bruch sei dann mit der Ausrufung des Kalifats am 29. Juni 2014 durch Abu Bakr al-Baghdadi („Kalif Ibrahim“) vollzogen worden. In sunnitischer Tradition wurde somit ein klarer Führungsanspruch über den Islam ausgesprochen, gleichbedeutend mit der Notwendigkeit der Ausrichtung Al-Qaidas am IS. Für Albert sei die Ausrufung des Kalifats somit allerdings ein großer Fehler gewesen.

Hinsichtlich der strategischen Ziele erkenne man die klare Konkurrenz zu Al-Qaida. Zentral sei die Schaffung und Ausweitung des eigenen Staatsgebietes, verbunden mit der Ausrufung des Kalifats als Anspruch auf die Beherrschung aller Muslime. Zudem versuche der IS insbesondere auch durch die mediale Aufbereitung seinen heroischen Kampf zu inszenieren und so weitere Kämpfer zu Angriffe auf Ungläubige zu motivieren. Nicht zuletzt strebe der IS ganz im Gegensatz zu Al-Qaida den Endsieg über die Kreuzzügler in der Entscheidungsschlacht in Dabiq an. Nach einer Lesart islamischer Eschatologie würden muslimische Kämpfer dort am Ende der Zeit auf ihre Feinde treffen. Nach der Ideologie des IS sei es hierfür jedoch zunächst notwendig, die westlichen Feinde in die Region zu bringen. Der Terror des IS in Europa müsse daher auch vor diesem Hintergrund gesehen werden.

Organisatorisch sei der IS in einen syrischen und einen irakischen Zweig gegliedert mit al-Baghdadi an der Spitze. Entscheidender für die Führung der Organisation seien jedoch die insgesamt neun gemeinsamen Räte, die eine Art der Regierung darstellen würden. Gleichzeitig sei es mittlerweile so, dass sich sowohl in Afrika als auch in Asien immer mehr islamistische Organisationen an den sogenannten Islamischen Staat binden, wie dies auch in ähnlicher Weise bei Al-Qaida der Fall sei.

Was mache den IS nun in der aktuellen Situation so erfolgreich? Dies sei zum einen das Führungspersonal, das sich vor allem aus den entmachteten Sicherheitsbehörden des Iraks rekrutiere und somit eine Menge an Knowhow besitze, zum anderen sicherlich auch die 35.000 Kämpfer, die vor allem aus Nordafrika stammen würden. Hinzu kämen auch vergleichsweise große Mengen an Geld und ein gut ausgebautes System der Verwaltung sowie der Logistik, das vor allem über die Türkei für stetigen Nachschub Sorge. Das eigene Staatsgebiet stelle eine Operationsbasis dar und durch militärische Erfolge würden sich zudem immer wieder neue Kämpfer rekrutieren lassen. Ein weiterer Erfolgsfaktor sei sicherlich auch der Terror im Westen, der mit Ausnahme der Anschläge in Paris im November 2015 nicht zentral koordiniert sei, sondern vielmehr von Attentätern im Namen des IS ausgeführt werde. Besonders bedeutsam für den Erfolg des IS sei jedoch die Propaganda, die bevorzugt über das Internet funktioniere. Anschläge und Kämpfe würden in professioneller Art und Weise filmisch dokumentiert, sodass es eine Art „Liveberichterstattung von der Front“ gäbe. Professionelle Medienorganisationen produzierten mehrsprachige Hochglanzbroschüren und Propagandavideos, vor allem auch um neue Kämpfer zu rekrutieren. Allerdings sei die Fluchtbewegung nach Europa die größte Negativpropaganda für den IS, sodass dieser auch mit allen Mitteln versuche, die Flüchtlinge zu diskreditieren und die Tore Europas für Flüchtlinge schließen zu lassen. Vor diesem Hintergrund sei es auch zu erklären, dass einige der Attentäter von Paris ganz bewusst den Weg der Flüchtlinge nach Europa genommen hätten.

Mit Blick auf das „Staatsgebiet“ ließen sich für das Jahr 2015 deutliche Gebietsverluste erkennen, so Albert weiter. Insbesondere im Norden Syriens konnten kurdische Kämpfer etwa ein Zehntel des gesamten „Staatsgebietes“ des IS zurückerobern. Allerdings sei die Hoffnung gering, dass die Kurden ihren Feldzug weiter ausdehnen würden. Die Lage in Syrien sei ohnehin ziemlich unübersichtlich. Die Truppen des Assad-Regimes bekämpfen den IS und andere Rebellengruppen mit Unterstützung des Irans und Russlands und werden dabei gleichzeitig von einer US-geführten Koalition bekämpft. Die „Freie syrische Armee“ (FSA) mit circa 6000 Kämpfern bekämpft sowohl das Assad-Regime als auch den IS, wird dabei von der US-geführten Koalition unterstützt und selbst von Russland bekämpft. Ähnliches gilt auch für kurdische Milizen, die wiederum von Seiten der Türkei angegriffen werden. Der IS selbst besitzt ausschließlich Gegner. Dabei werde das Schlachtfeld Syrien nicht nur von dem darunter liegenden Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten weiter befeuert, auch auf einer darüber liegenden Ebene würden die Vereinigten Staaten, Saudi-Arabien, Russland und der Iran um Einfluss auf Syrien und die gesamte Region kämpfen.

Wie werde es nun mit dem sogenannten Islamischen Staat weitergehen? Der Einschätzung Alberts nach werde die Zahl der Kämpfer aufgrund verschiedener Faktoren etwas nachlassen. Durch geringere militärische Erfolge sowie den damit verbundenen Teilverlust des „Staatsgebietes“, aber auch durch gezielte Zerstörung der Ölförderungsanlagen, wodurch

sich der IS größtenteils finanzieren konnte, würden womöglich auch die finanziellen Mittel der Organisation abnehmen. Weiter zunehmen könnten jedoch die Propaganda des IS und vor allem der Terror im Westen. Der IS sei aktuell zwar geschwächt, jedoch keineswegs am Ende. Die Schwäche des IS werde daher Terroranschläge weniger verhindern als vielmehr sogar noch befördern. Denn je schwächer die Organisation sei, desto eher werde sie die Entscheidungsschlacht in Dabiq suchen, so Albert weiter. Wenngleich eine Bodenoffensive westlicher Truppen die Existenz des IS in seiner heutigen Form leicht zerschlagen könnte, würde die Ideologie überdauern und von einer anderen Organisation übernommen werden und somit auch das Chaos in Syrien weiter bestehen.

Der letzte Abschnitt der Expertentagung war dem Rechtsextremismus in Deutschland gewidmet. **Dr. Walter Jung** vom Landesamt für Verfassungsschutz in Baden-Württemberg wandte sich dabei dem Thema Antimodernismus im deutschen Rechtsextremismus zu und eröffnete mit der These, dass ein mehr oder minder offen artikulierter Antimodernismus bis heute das Ursprungs- und Kernideologem des deutschen Rechtsextremismus sei. Dies sei über die Epochengrenzen hinweg klar zu erkennen, wenngleich er früher offensiv geäußert worden und heute nur noch im Subtext zu finden sei.

Rechtsextremistische Weltbilder seien häufig geprägt von rückwärtsgewandten Gegenentwürfen zur Moderne, da die Verwestlichung als ein lebensbedrohlicher Akt der Entfremdung von den Wurzeln, Interessen und der Seele des deutschen Volkes gesehen werde. Rechtsextremismus sei demnach quasi eine Antwort auf Modernisierungsschübe. Jung untermauerte seine These dabei mit Zitaten bekannter Rechtsextremisten wie Hermann Bahr oder Paul de Layarde, die bereits Ende des 19. Jahrhunderts den deutschen Antisemitismus als reaktionär und „Revolte der kleinen Bürger gegen die Moderne“ (Bahr) bezeichneten. Diese tiefe Ablehnung der Moderne ließe sich bis heute finden. Der führende NPD-Kader Baldur Landogart spreche dabei 2015 etwa von einer „Erneuerung als Krankheit“ und „neuen Chancen“ in all dem „was als rückständig gelte“.

Grundsätzlich richte sich der deutsche Rechtsextremismus gegen sechs Spielarten der Moderne, so Jung weiter. Dies seien zum einen die aufgeklärt-säkulare Moderne und dabei insbesondere der Aufklärungsaspekt. Jung verdeutlichte dies an einer Aussage Alois Mitterers, einem der führenden rechten Ideologen in Deutschland. Für ihn sei die Aufklärung verbunden mit einer „Verselbstständigung der Ratio, mit Verlust der Kontrolle durch mystische Bindungen“. Ähnlich verhalte es sich auch mit dem rechtsextremistischen Kampf gegen die emanzipatorische Moderne. Karl Richter, stellvertretender Vorsitzender der NPD und Landesvorsitzender in Bayern sehe darin einen „Bindungsverlust durch alle Lebensbereiche“, der durch die „selbsternannten Aufklärer [USA], die die Seelen der Deutschen vergiften“, hervorgerufen werde. Der deutsche Rechtsextremismus wende sich jedoch auch gegen die politisch-konstitutionelle Moderne, so Jung weiter. Anlässlich des 800-jährigen Jubiläums der

Formulierung der Magna Charta sehe etwa die rechtsextremistische Partei „Der III. Weg“ die „Zerstörung der natürlichen Ordnung durch Mehrheitsbeschlüsse durch die Magna Charta“. Gleichzeitig richte sich der deutsche Rechtsextremismus auch gegen die industriell-urbane Moderne. Verbunden mit einer Agrar- und Naturromantik sei die Großstadtwelt für den verurteilten Holocaustleugner und Rechtsextremisten Erich Glagau etwa „krankhaft und nervös, morgenländisch und händlerisch und hätte ihren Ursprung im Osten“. Sie sei also eine jüdische Erfindung, der man sich nur durch eine Rückbesinnung und Bindung an die dörfliche Sippe und den dörflichen Primitismus entziehen könne. Zudem wende sich der deutsche Rechtsextremismus auch gegen die kulturelle Moderne. Alois Mitterer bezeichne moderne Musik als „furchtbar“. Sie versperre die „Wege zum Mythos des gesamten Wesens“. Die Jugend werde erst dann wieder zu sich finden, „wenn sie die eigene Seele wiedererkennt“ habe. Diese Aussagen seien laut Jung deswegen besonders erstaunlich, da gerade rechtsextremistische Musik eine Vielzahl von Elementen moderner Musik beinhalte. Nicht zuletzt wende sich der deutsche Rechtsextremismus auch gegen die wissenschaftlich-technische Moderne. Erneut Baldur Landogart zitierend würden aus der Mechanisierung „Materialismus, Bürokratie, Rationalismus und Totalität“ und letztendlich eine „massive Kultur-, Umwelt- und Existenzzerstörung“. Allerdings würde diese Art der Moderne nicht gänzlich abgelehnt, etwa zum Zwecke der Kommunikation oder auch im militärischen Bereich. An diesem Punkt weise seine These daher leichte Schwächen, so Jung.

Grundsätzlich würden deutsche Rechtsextremisten die Moderne als Entfremdung wahrnehmen, aus der sich ein Verlust an Bindungen, Werten, Kultur und traditionellen Deutungsmustern ergebe. Zudem befürchteten sie durch die Moderne Entgrenzung, soziale Vereinsamung, Verunsicherung und Überforderung. Sie würden nahezu alle positiven Auswirkungen der Moderne ausblenden und sich letztlich nach einer „Wiederverzauberung der Welt“ sehnen, so Jung. Die Vorstellungen über die für die Zukunft anzustrebende Antimoderne seien daher absolut konstruiert, idealisiert, ahistorisch, teils mythisch und teils bewusst irrational.

Die Gefahr, die von diesem rechtsextremistischen Antimodernismus ausgehe, liege in der verschwörungsideologischen Erklärung von Modernisierungsprozessen. Die Schuld für die Existenz der Moderne werde den klassischen Feindbildern, insbesondere den USA, zugewiesen, sodass nur durch eine Art „Erlösung“, d.h. die Entmachtung und Vernichtung der Feindbilder, die Moderne überwunden und der „Weg ins Paradies“ gefunden werden könne.

Den Abschluss der Tagung bildete der Extremismusforscher **Dr. Rudolf van Hüllen** mit der Frage nach der Sinnhaftigkeit eines Verbotes der NPD. Das Ergebnis des Verbotsverfahrens vorherzusagen sei reine Spekulation, sodass er sich auf eine mehrdimensionale und rein rationale Analyse der Vor- und Nachteile eines NPD-Verbots konzentriere.

Die erste zu analysierende Ebene sei die Perspektive des deutschen Rechtsextremisten, für den die NPD das älteste und traditionsreichste Label des deutschen Rechtsextremismus darstellen, deren Organisation zwar verboten werden könne, nicht jedoch deren Ideologie, Gedanken und Traditionen. Durch Kampagnen der NPD gegen den „Volkstod“ oder wie „Sozial geht nur national“ fühle sich der gemeine deutsche Rechtsextremist nur bestätigt und im Recht. Für ihn sei die NPD daher nichts anderes als ein Repräsentant der schweigenden Mehrheit im Land. Würde die NPD verboten, würde nach dem Verständnis der NPD und der Rechtsextremisten etwas verboten, das im Recht sei. Für van Hüllen könne dies dazu führen, dass sich rechtsextremistische Hardliner weiter radikalieren und am Ende der Rechtsterrorismus zunehme.

Als zweite Dimension betrachtete van Hüllen die Innere Sicherheit. Positiv an einem Verbot der NPD sei aus dieser Perspektive, dass Strukturen und Gelder wegfallen und Rechtsextremisten festgenommen werden könnten. Gleichzeitig würden etwa auch Aussteiger neue Möglichkeiten erhalten. Der wirkliche Nutzen hiervon sei jedoch insgesamt fraglich, da die NPD vergleichsweise klein sei. Nachteile wie etwa der aus einem Verbot folgende Verlust der NPD als Beobachtungsobjekt, die Unübersichtlichkeit der Szene oder die Diffusion in den weicheren Rechtsextremismus wie etwa Pegida oder auch die AfD würden deutlich überwiegen. Zudem stünden mit den Parteien „Der III. Weg“ oder „Die Rechte“ bereits Ersatzorganisationen bereit. Gewinner könnten somit höchstens einzelne Länder in Ostdeutschland, insbesondere Mecklenburg-Vorpommern sein, aus einer bundesdeutschen Perspektive sei ein Verbot der NPD in Bezug auf die Dimension der Inneren Sicherheit jedoch mit klaren Nachteilen behaftet.

Die politische Kultur in Deutschland stellte die dritte Ebene dar, die van Hüllen genauer analysierte. Im Verbotsantrag fehle es diesbezüglich an klaren Bezügen zur NPD. Der vermeintliche Bezug der Partei zur rechtsextremistischen Terrorzelle des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) hätten zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse bereits vor Antragsstellung widerlegt. Dieser sei daher schlecht begründet und häufig fehle es am Subtext, um die Bedeutung der NPD für den Rechtsextremismus zu erläutern. Reine Verweise auf eine „Störung der kommunalen Demokratie“ oder „Angsträume für Minderheiten“ seien aufgrund der äußerst geringen Bedeutung der NPD kaum zielführend. Letztlich könne die Ungleichgewichtung der NPD im Vergleich mit anderen Bedrohungen auch noch eine Stärkung der Partei erwirken. Aufgrund ihrer vergleichweisen Bedeutungslosigkeit könne durch ein Verbot zudem recht schnell der Eindruck in der Bevölkerung entstehen, dass mit der NPD eine der wenigen Parteien verboten werde, die der aktuellen Politik vehement widerspreche, und daher die Eliten alles im rechten Spektrum per se verbieten wollen würden. Für van Hüllen habe ein NPD-Verbot daher in Bezug auf die Ebene der politischen Kultur nur negative Auswirkungen.

Die europäische Dimension stellte die vierte und letzte Ebene der Analyse van Hüllens dar. Für Europa sei die NPD kein wirkliches Problem. Angesichts der Flüchtlingskrise und weiteren europäischen Herausforderungen passe ein NPD-Verbotsverfahren einfach nicht in die Zeit. Zudem sei die Praxis von Parteienverboten in Europa ganz anders und vergleichsweise unüblich. Kaum ein Land in Europa kenne eine derartige Möglichkeit eines Parteienverbots wie in Deutschland. Nicht zuletzt hätten andere Staaten in Europa viel massivere Probleme mit rechtsextremistischen Parteien. Man denke dabei nur an den Front National in Frankreich, die Schwedendemokraten in Schweden oder die Partei für die Freiheit in den Niederlanden. Vor dem Hintergrund, dass Deutschland als einziges Land in Europa keinen nennenswerten Rechtsextremismus besitze, sei das NPD-Verbotsverfahren aus europäischer Perspektive ein Scheinproblem, so van Hüllen.

In Bezug auf die eingangs gestellte Frage nach der Sinnhaftigkeit eines NPD-Verbots kommt van Hüllen daher zu dem Schluss, dass sich Vor- und Nachteile die Waage halten würde. Ein Verbot „schadet nicht, es würde allerdings auch nichts nützen“.

Benedikt Kellerer